



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace- Comité d'Action Service pour la Paix

Endericher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

AGDF: Zivile Konfliktbearbeitung stärker fördern und anwenden

Nürnberg, 26. September 2020/dj

Angesichts einer spürbaren Zunahme von gesellschaftlichen Konflikten, aber auch von Gewalt fordert die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) eine stärkere staatliche Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung im Inland. Gleichzeitig erwartet der Friedensverband von der evangelischen Kirche entsprechende Initiativen im Bereich der Friedenspädagogik, der zivilen Konfliktbearbeitung und der politischen Bildung.

„Rapid Veränderungen in Bereichen wie Klima, Technologien, Migration, Urbanisierung oder Demographie führen zu sich ändernden Lebenswelten, Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens verschieben sich. Die Menschen stehen vor neuen strukturellen, kulturellen und persönlichen Herausforderungen. Die Veränderungen und Herausforderungen führen zu vielfältigen gesellschaftlichen Konflikten. Wir beobachten in den letzten Jahren auch destruktive Formen der Auseinandersetzung um unser Zusammenleben im Kleinen wie im Großen, im persönlichen wie im politischen Bereich. Uns besorgt besonders, dass in einigen Szenen und Gruppierungen die Hemmschwelle sinkt Gewalt anzuwenden. Morde wie in Halle, Hanau und Kassel sind die Spitze eines Eisbergs. Die Zunahme besonders rechtsextremer Gewalt sowie rassistischer, antisemitischer und antiislamischer Übergriffe erfordert entschiedenes Handeln“, stellt die AGDF in einer auf ihrer Mitgliederversammlung in Nürnberg beschlossenen Resolution fest.

Diese Entwicklung gefährde die Demokratie in Deutschland, die darauf angewiesen sei, widerstrebende Interessen wahrzunehmen, Konflikte anzuerkennen und das Zusammenleben durch Aushandlung gemeinsam zu gestalten, betont der Friedensverband. Konstruktiv ausgetragene Konflikte würden zudem die Chance für eine inklusive Entwicklung und ein gelingendes Miteinander eröffnen, ist die AGDF überzeugt.

Darum ist es nach Ansicht der AGDF wichtig, eine zivile Konfliktbearbeitung zu stärken und zu fördern. Denn diese würde „konkrete Instrumente und zukunftsweisende Wege“ für das demokratische Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft bieten, unterstreicht der Friedensverband.

Um eine zivile Konfliktbearbeitung für die aktive Gesellschaftsgestaltung und die demokratische Kultur zu nutzen, erwartet die AGDF daher von Seiten des Staates die Bereitschaft, die zivile Konfliktbearbeitung zu fördern, ihren Einsatz zu unterstützen und sie selbst stärker anzuwenden. Gleichzeitig fordert der Friedensverband in seiner Resolution aber auch, die zivile Konfliktbearbeitung als Handlungsfeld und

konzeptionellen Ansatz in politische Leitlinien und Förderprogramme aufzunehmen, insbesondere in die fachliche und finanzielle Weiterentwicklung des Programms „Demokratie leben!“ der Bundesregierung, in Gewaltpräventionsprogramme, die Unterstützung von Gemeinwesenarbeit oder in das diskutierte Demokratieförderungsgesetz.

Doch auch die evangelische Kirche ist nach Ansicht der AGDF hier gefordert. Der Friedensverband verweist dabei auf die im vergangenen Jahr in Dresden verabschiedete Kundgebung der EKD-Synode und erwartet hier das Einlösen der Selbstverpflichtung, Initiativen im Bereich der Friedenspädagogik, der zivilen Konfliktbearbeitung und der politischen Bildung zu unterstützen. Auch sollten von der EKD die Gemeinden und andere kirchliche Einrichtungen ermutigt werden, zivile Konfliktbearbeitung unter anderem im demokratischen Diskurs einzusetzen und zu fördern sowie politisch deren Stärkung einzufordern, heißt es in der in Nürnberg beschlossenen Resolution.

Kontakt:

Jan Gildemeister, Tel. 0228/24 999-13, H 0172/70855 37